

# Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt  
der Frankfurter  
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das  
gesamte Aktienwesen,  
für deutsches,  
europäisches und  
internationales  
Unternehmens- und  
Kapitalmarktrecht

Inhalt · 61. Jahrgang · Heft 1–2/2016

## Editorial

Zum 61. Jahrgang

## Aufsätze

Prof. Dr. Mathias Habersack / Elena Wasserbäch  
**Organhandeln vor Schiedsgerichten**

Streitigkeiten aus dem Organverhältnis sowie um dessen Bestand, darunter neben Organhaftungs- auch Abberufungsstreitigkeiten, sowie Beschlussmängelstreitigkeiten und anstellungsvertragliche Streitigkeiten werden bei der GmbH zunehmend der schiedsgerichtlichen Entscheidungszuständigkeit unterstellt, und zwar entweder durch Abschluss einer Individualvereinbarung oder im Wege einer Satzungsregelung. Der Beitrag legt dar, dass auch für die AG Grundsätze des Zivilprozessrechts sowie des Gesellschaftsrechts im Allgemeinen und des Aktienrechts im Besonderen der Zulässigkeit entsprechender Abreden nicht entgegenstehen.

RA Dr. Stefan Widder

**Der Verzicht auf Zwischenbilanzen bei der AG-Verschmelzung**

Ist an einer Verschmelzung eine AG beteiligt, ist gem. § 63 Abs. 1 Nr. 3 UmwG eine Zwischenbilanz erforderlich, wenn sich der letzte Jahresabschluss auf ein Geschäftsjahr bezieht, das mehr als sechs Monate vor dem Abschluss oder der Aufstellung des Entwurfs des Verschmelzungsvertrags abgelaufen ist. Auf die Zwischenbilanz kann verzichtet werden, was sich u.a. aus dem Verweis in § 63 Abs. 2 Satz 5 UmwG auf § 8 Abs. 3 Satz 1 Alt. 1 UmwG ergibt. Ungeklärt und umstritten ist, ob für einen solchen Verzicht immer der Verzicht aller Anteilsinhaber aller an der Verschmelzung beteiligten Rechtsträger erforderlich ist. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass ein Verzicht der Aktionäre aller an der Verschmelzung beteiligten AGs ausreicht.

## Steuer-Journal

RA FAStr Dr. Martin Wulf

**Die Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 1 AO als Schnittstelle zwischen Compliance-Ermittlungen und Besteuerungsverfahren**

## Kommentar

RA Dr. Martin Schockenhoff /

RA Dr. Johannes Culmann, LL.M. (LSE)

**Anfechtung der Wahl des Abschlussprüfers und gerichtliche Bestellung analog § 318 Abs. 4 HGB (Kommentar zu OLG Karlsruhe v. 27.10.2015 – 11 Wx 87/15, AG 2016, 42)**

Die Anfechtung der Wahl des Abschlussprüfers kann weitreichende Konsequenzen für die betroffene Aktiengesellschaft und ihre Aktionäre haben. Die Aktiengesellschaft kann die Risiken entschärfen, indem sie einen Antrag auf gerichtliche Prüferbestellung analog § 318 Abs. 4 HGB stellt. Das OLG Karlsruhe hat am 27.10.2015 entgegen der bislang h.M. in der Literatur eine gerichtliche Prüferbestellung bereits vor Ablauf des Geschäftsjahres, auf das sich die Prüfung bezieht, zugelassen. Diese Sichtweise des OLG Karlsruhe ist aus Sicht der Praxis zu begrüßen.

## Rechtsprechung

**Sanierungstreuhand, Verpfändung von Wertpapieren**

BGH v. 24.9.2015 – IX ZR 272/13

**Schiedssprüche über einfache Feststellungsklagen im GmbH-Recht**

BGH v. 16.4.2015 – I ZB 3/14

**Abführungspflicht gewerkschaftlicher Aufsichtsratsmitglieder**

BAG v. 21.5.2015 – 8 AZR 956/13

**Analoge Anwendung des § 318 Abs. 4 HGB bei Anfechtung der Wahl der Abschlussprüfer**

OLG Karlsruhe v. 27.10.2015 – 11 Wx 87/15

**Vermögensvorteil bei Insidergeschäften**

OLG Stuttgart v. 3.9.2015 – 4 Ws 283/15

**Mitbestimmung ausländischer Arbeitnehmer**

LG München I v. 27.8.2015 – 5HK O 20285/14

**Unternehmensbewertung**

LG München I v. 31.7.2015 – 5HK O 16371/13

## Buchbesprechungen

Willi Schoppen (Hrsg.)

**Corporate Governance**

(Prof. Dr. Dr. h.c. Uwe H. Schneider)

## Impressum

R 24